

RHEIN-BERG 100

Newsletter des Abgeordneten Dr. Hermann-Josef Tebroke

Ausgabe 01/2021



LIEBE LESERINNEN UND LESER,

an dieser Stelle wünsche ich Ihnen allen noch ein frohes und natürlich vor allem gesundes neues Jahr.

So turbulent, wie das vergangene Jahr endete, so ereignisreich sind wir auch in das neue Jahr 2021 gestartet. Auch wenn uns die Corona-Pandemie leider nach wie vor fest im Griff hat und die nötigen Einschränkungen weiterhin bestehen bleiben müssen, so beginnt das Jahr doch mit einem großen Hoffnungsschimmer aufgrund des Starts der deutschlandweiten Impfkampagne. Wir werden noch viele Monate mit dieser herausforderungsvollen Lage umgehen müssen, aber eines ist uns gewiss: Ein Ende der einschränkenden Maßnahmen wird kommen – nicht unmittelbar und auch nicht auf einmal, aber Schritt für Schritt.

Auch wir als CDU sind gut in das neue Jahr 2021 gestartet. Nach einem erfolgreichen Bundesparteitag und der Wahl von Armin Laschet können wir gehen und gestärkt in das Superwahljahr gehen. Den Auftakt hierzu bilden die Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz im März und im Sommer in Sachsen-Anhalt. Im Herbst schließlich folgen die Wahlen in Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen und nicht zuletzt die Bundestagswahl. Wir können im Verlauf dieses Jahres die Geschichte unseres Landes maßgeblich prägen: Also lassen Sie es uns gemeinsam angehen.

Im Parlament haben wir in der aktuellen Sitzungswoche wieder zahlreiche Gesetzesvorhaben abschließen können. Am Ende des Newsletters habe ich eine kleine Übersicht angefügt über einige der Themen und Vorhaben, die wir in dieser Sitzungswoche debattiert und verabschiedet haben.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre und bitte, bleiben Sie weiterhin gesund und trotz allem zuversichtlich.

Ihr

Dr. Hermann-Josef Tebroke, MdB

WAHL DES NEUEN CDU-BUNDESVORSTANDES

Am vorvergangenen Wochenende haben wir im Rahmen des 33. Bundesparteitags den CDU-Bundesvorstand neu gewählt. Ich bin dem Team des Konrad-Adenauer-Hauses und allen voran unserem Generalsekretär Paul Ziemiak dankbar dafür, mit welcher großer Energie und Einsatzbereitschaft der digitale Parteitag angegangen wurde, und freue mich über die erfolgreiche Durchführung. Damit haben wir als CDU Maßstäbe gesetzt und gezeigt: Wir sind fit für die Zukunft und digital gut aufgestellt.

Ich gratuliere unserem neuen Bundesvorsitzenden Armin Laschet ganz herzlich zu seiner Wahl. Mit seiner fulminanten Rede im Rahmen des Parteitags hat er die meisten Delegierten für sich gewinnen können und von seinem Stil, Politik zu gestalten, überzeugt.

Ich bin zuversichtlich, dass Armin Laschet unsere Partei mit großem persönlichem Einsatz einen und führen wird. Darüber hinaus bin ich Friedrich Merz und Norbert Röttgen dankbar, dass sie – neben Armin Laschet – wesentlich dazu beigetragen haben, dass der Wettbewerb innerhalb der CDU fair und konstruktiv verlaufen ist. Genauso wichtig war auch ihr Signal nach der Bekanntgabe des Wahlausgangs, mit vereinten Kräften den neuen Bundesvorsitzenden unterstützen zu wollen. Wir müssen als CDU nunmehr wieder geschlossen auftreten. Von jetzt an hat der politische Wettbewerb nicht mehr innerhalb unserer Partei, sondern nur noch mit dem politischen Gegner zu erfolgen. Das wird herausfordernd genug. Ich habe Verständnis dafür, dass es für engagierte Unterstützerinnen und Unterstützer natürlich mit gewisser Enttäuschung verbunden ist, wenn der von ihnen favorisierte Kandidat oder die favorisierte Kandidatin bei einer Wahl unterliegt. Aber es gehört in einer Demokratie auch dazu, nach einer Niederlage das Votum der Mehrheit anzuerkennen und weiter konstruktiv mitzuarbeiten. Als CDU agieren wir immer dann am erfolgreichsten, wenn wir gemeinsam für unsere Überzeugungen werben können.

Armin Laschet übernimmt das Amt des Bundesvorsitzenden in einer überaus herausforderungsvollen Zeit. Die Corona-Pandemie wird uns noch viele Monate begleiten. Die wirtschaftlichen Verwerfungen, die aufgrund der alternativlosen Einschränkungen aufgetreten sind, werden noch Jahre unser politisches Handeln bestimmen. So richtig die umfassenden staatlichen Hilfsmaßnahmen waren und nach wie vor sind, so gewiss ist uns gleichwohl, dass es Jahrzehnte dauern wird, die hierfür notwendig gewordenen finanziellen Belastungen des Bundeshaushaltes wieder abzubauen. Das soll durch eine baldige Erholung der Wirtschaft und

WICHTIGE HOTLINES



Allgemeine Erstinformation und
Kontaktvermittlung, Behördennummer
115

Ärztlicher Bereitschaftsdienst:
116 117

Hotline zur Impfterminvergabe
0800 116 117 01

Bürgerservice des Bundesministeri-
ums für Gesundheit:
030 346 465 100

Unabhängige Patientenberatung:
0800 011 77 22

Bürgerservice des Auswärtigen Amtes:
030 18173000

Hotline des BMWi für Unternehmen:
030 18615 1515

Hotline des BMWi für Bürger:
030 18615 6187

Informationen zum Thema
Kurzarbeitsgeld für Arbeitgeber:
0800 4555520

Informationen zum Thema
Kurzarbeitsgeld für Arbeitnehmer:
0800 4555500

Bürgertelefon NRW:
0211 9119 1001

Bürgertelefon des
Rheinisch-Bergischen Kreises:
02202 131313

Telefon für Ärzte im
Rheinisch-Bergischen Kreis:
02202 132223

Rheinisch-Bergische
Wirtschaftsförderungsgesellschaft:
02204 9763 0

nachhaltiges Wachstum gelingen. Aber auch in anderen Politikbe-
reichen haben wir grundlegende Weichenstellungen vorzuneh-
men. Es kommt darauf an, neben den akuten Krisenmaßnahmen
den Blick auf die „Zeit nach Corona“ zu richten. Was haben wir in
Wirtschaft, Politik und Gesellschaft in der Krise gelernt, was ist uns
wichtig zu erhalten und was müssen wir dringend reformieren. Ich
lade Sie ein, hierzu in den kommenden Monaten auch vor Ort in
eine mutige und zukunftsgerichtete Debatte einzusteigen und not-
wendige Maßnahmen anzugehen.

Unsere Bundeskanzlerin hat im Rahmen ihrer Rede anlässlich des
Bundesparteitags in bemerkenswerter Deutlichkeit ausgeführt,
wie rapide und nachhaltig sich die Welt seit dem Beginn ihrer
Kanzlerschaft verändert hat. Bei ihrem Amtsantritt hatte China ein
Bruttoinlandsprodukt von lediglich der Hälfte der Bundesrepublik
– heute ist Chinas Wirtschaft fast vierfach so groß wie unsere. Das
erste iPhone wurde erst im Jahr 2007 vorgestellt – und heute sind
Smartphones sowohl beruflich als auch privat für die überwälti-
gende Mehrheit ein ganz selbstverständlicher Begleiter im Alltag
geworden. Dieser stete Wandel wird auch in Zukunft bestehen und
sich noch intensivieren. Aus diesem Grunde wird es entscheidend
darauf ankommen, wer nach der Bundestagswahl die Geschicke
unseres Landes steuern und damit Deutschlands Rolle in der Welt
prägen wird. Wir als CDU wollen daher nach der Bundestagswahl
die Bundesregierung weiterhin anführen, den Bundeskanzler stel-
len und die Arbeit der Bundesregierung maßgeblich gestalten.

IMPSTOFFKAMPAGNE UND IMPFSTOFFLIEFERUNGEN

Mit großer Freude verfolgen wir alle die steigende Anzahl an
Geimpften in unserem Land. Jede Person, die sich impfen lässt,
trägt ganz entscheidend dazu bei, dass sich die Corona-Pandemie
weniger stark ausbreiten und am Ende sogar gänzlich
eingedämmt werden kann. Daher ist es gut, dass nach der
Zulassung der ersten Impfstoffe die flächendeckenden Impfungen
in Deutschland starten konnten. Vor weniger als einem Jahr war
kaum davon auszugehen, dass so schnell gleiche mehrere
Impfstoffe zur Verfügung stehen würden. Gleichwohl mache ich
keinen Hehl daraus, dass ich mir heute wünsche, die Impfungen
könnten jetzt doch schneller erfolgen.

In den vergangenen Tagen haben zahlreiche Bürgerinnen und
Bürgern aus Rhein-Berg beklagt, dass der Beginn der
Impfterminvergabe Anfang dieser Woche doch mit einigen
administrativen und technischen Hürden verbunden war. Für die
dadurch hervorgerufene Frustration und Verärgerung habe ich
großes Verständnis. Gleichwohl sind die vorgesehenen
Voraussetzungen wichtig, um eine gerechte Terminvergabe
sicherzustellen und auch um einem möglichen Missbrauch
vorzubeugen. Es wäre niemandem geholfen, wenn die
Terminvergabe voraussetzungsfrei erfolgen würde und dann die
Impftermine nicht wahrgenommen oder eine notwendige
Priorisierung nicht erfolgen würde. Priorität muss der Schutz

vulnerabler Gruppen haben. Umso mehr freut es mich, dass bereits viele tausende Seniorinnen und Senioren, die in Alten- und Pflegeheimen wohnen, geimpft worden sind. Gerade der Schutz der Älteren, die in der Regel ungleich härter von möglichen Folgen einer Corona-Erkrankung betroffen sind, hat bei uns zu Recht Priorität.

Die Corona-Pandemie ist nach wie vor eine reale und große Gefahr für uns alle. Angesichts dessen ist es für uns natürlich von großer Wichtigkeit, dass wir möglichst bald und möglichst viel Impfstoff erhalten, um all denjenigen, die sich impfen lassen wollen, ein entsprechendes Impfangebot unterbreiten zu können. Umso gravierender fällt dann aus, wenn Zusagen von Seiten der Hersteller nicht eingehalten werden. Die Europäische Kommission wird im Verein mit den Mitgliedsstaaten mit Nachdruck auf die Einhaltung der getroffenen Vereinbarungen drängen. Ich bleibe dabei, dass es – nicht nur im Lichte eines solidarischen Europas – richtig und wichtig war, als Europäische Union gemeinschaftlich die Verträge mit den Herstellern auszuhandeln. Nur so konnten wir für unsere europäischen Nachbarn überhaupt ein entsprechendes Impfkontingent sichern. Nur so konnten wir deutlich niedrige Preise aushandeln. Nur so konnten wir sicherstellen, dass es hinsichtlich möglicher Risiken bei einer Verantwortlichkeit der jeweiligen Produzenten bleibt.

Bis Ende des ersten Quartals werden wir über 6 Millionen Impfdosen erhalten haben. Damit ist ein erster wichtiger Grundstein gelegt für eine flächendeckende Immunität in unserem Land, die uns mit Zuversicht auf dieses Jahr 2021 schauen lässt. Für die anstehenden Impfungen im Impfzentrum ist der Rheinisch-Berigische Kreis bestens vorbereitet. Davon konnte ich mich vergangene Woche überzeugen. Der Landrat und seine Mitarbeitenden im Krisenstab und Gesundheitsamt leisten hier gemeinsam mit Rettungsdiensten Großartiges. Herzlichen Dank dafür!

LAGE IN DEN USA

Am vergangenen Mittwoch erfolgte die Amtseinführung von Joseph R. Biden als 46. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika. Zugleich bekleidet mit Kamala D. Harris nunmehr erstmals eine Frau und Nicht-weiße das Amt des US-Vizepräsidenten; für mich ein starkes Zeichen für Fortschritt und Gleichberechtigung. Ich wünsche der neuen Administration einen erfolgreichen Verlauf und erwarte von ihr einen besseren Umgang mit der Corona-Pandemie, einen konstruktiven Umgang der weltweiten Handelskonflikte sowie eine Stärkung der bilateralen Beziehungen. Die Rückkehr zum Pariser Klimaabkommen und das klare Bekenntnis zum transatlantischen Bündnis sind erste wichtige Zeichen, die eine positive Entwicklung erwarten lassen.

Der Machtwechsel in den USA ist gleichwohl auch geprägt von den Ereignissen, die sich noch vor wenigen Wochen rund um das Kapitol in Washington ereignet haben. Ein friedlicher Übergang von einer alten auf eine neue Regierung ist ein Wesensmerkmal einer gelingenden demokratischen Gesellschaft. So sehr die Demokratie für uns auf den ersten Blick wie eine Selbstverständlichkeit anmutet, so klar müssen wir doch aber auch erkennen, dass die Demokratie den Einsatz von uns allen erfordert und das jeden Tag. Was in den USA mit dem Sturm auf das Kapitol unzweifelhaft seinen bisherigen Tiefpunkt erreicht hat, muss uns auch in Deutschland wachsam werden lassen: Wir alle müssen uns klar und deutlich zur Demokratie bekennen und sie verteidigen. Dazu gehört auch, unsere demokratischen Traditionen und Institutionen von nun an noch stärker schützen. Ich bin daher unserem Bundestagspräsidenten Dr. Wolfgang Schäuble dankbar, dass er in Absprache mit dem Land Berlin und der Bundespolizei die Sicherheitsvorkehrungen zum Schutze unseres Parlaments nochmals gestärkt hat. Am Portal des Reichstagsgebäudes ist weithin die Inschrift zu erkennen: Dem Deutschen Volke. Diesem allein sind wir Abgeordnete des Deutschen Bundestages verpflichtet. Die Vorsichtsmaßnahmen sind darauf ausgerichtet, die Souveränität des Hauses zu sichern und ohne äußere Bedrohung demokratisch legitimierte Entscheidungen zu ermöglichen.

DIESE WOCHE IM PARLAMENT

Auch in dieser Sitzungswoche haben wir diverse wichtige Themen auf der Agenda gehabt. In der nachstehenden Auflistung finden Sie einige zentrale Inhalte der vergangenen Woche:

- ❖ **Jahreswirtschaftsbericht:** In dieser Sitzungswoche wurde der Jahreswirtschaftsbericht 2021 vorgestellt. Dieser beinhaltet einen Ausblick darauf, welche wirtschaftliche Entwicklung die Bundesrepublik im Laufe dieses Jahres aller Voraussicht nach nehmen wird. Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier ist bei der Vorstellung insbesondere auf die Auswirkungen der Coronakrise und die staatlichen Hilfsmaßnahmen eingegangen. Die vielfältigen und umfangreichen Konjunkturmaßnahmen und Rettungspakete haben unzweifelhaft Schlimmeres verhindert. Umso problematischer, dass es aktuell zu Störungen bei der Auszahlung von finanziellen Hilfen kommt, die den

Fortbestand auch von Unternehmen im Rheinisch-Bergischen Kreis gefährden könnten. Wir haben diese Probleme in den letzten Wochen über die Ausschüsse und auch in der Fraktion thematisiert und nachdrücklich Abhilfe eingefordert. Der Wirtschaftsminister – im Unterschied zum Finanzministerium – stellt sich der Kritik und – noch wichtiger: – kümmert sich erfolgreich um eine Lösung. Bald können die Mittel fließen. Die Rede des Bundeswirtschaftsministers finden Sie auf der Internetseite des Bundestages unter https://www.bundestag.de/abgeordnete/biografien/A/altmaier_peter-517888.

- ❖ **Elterngeld wird erleichtert:** Das Elterngeld ist eine Erfolgsgeschichte. Wir als Union freuen uns sehr, dass dieses wichtige Instrument, das viele junge Familien gerne nutzen und eine gleichberechtigte Erziehung in vielen Fällen überhaupt erst möglich macht, in Zukunft noch einfacher und flexibler ausgestaltet wird. Künftig können Elterngeldbezieher bis zu 32 Wochenstunden arbeiten. Der neue Frühchenmonat gibt Eltern von Frühgeborenen zudem noch mehr Zeit, sich um ihr Kind zu kümmern.
- ❖ **Digitalisierung der Verwaltung:** Die Digitalisierung der Verwaltung ist eine große Herausforderung. Der Bundestag hat in diesem Zusammenhang diese Woche das Registermodernisierungsgesetz beschlossen. Was technisch anmutet, wird in der Praxis viele Erleichterungen mit sich bringen. Bisher müssen bei Behördengängen bestimmte Angaben oft wiederholt werden oder entsprechende Nachweise vorgelegt werden, obwohl diese Informationen andernorts bei der Verwaltung bereits vorliegen. Diese Daten können künftig zwischen den Behörden einfach digital ausgetauscht werden, insofern ein Einverständnis der betroffenen Person vorliegt. Das erspart allen Beteiligten Zeit und wird Behördengänge zukünftig deutlich vereinfachen.
- ❖ **Gedenkveranstaltung zum Gedenktag der Opfer des Nationalsozialismus.** Bundespräsident Roman Herzog hat vor genau 25 Jahren den 27. Januar zum nationalen Gedenktag erklärt. Dieser Tag erinnert an die Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz durch die Rote Armee. Die Gräueltaten des Nationalsozialismus dürfen nie vergessen werden. Der millionenfache Mord an unschuldigen Menschen und die massenhafte Verfolgung Unschuldiger wird für immer unserem kollektiven Gedächtnis angehören. Der Gedenktag ist uns Mahnmal und Ansporn zugleich, sich für Frieden, Freiheit und die Wahrung der Menschenrechte einzusetzen. Die diesjährige Gedenkveranstaltung stand ganz im Zeichen des Jubiläumsjahres „321-2021: 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“. Auf der Internetseite des Deutschen Bundestages können Sie unter www.bundestag.de/sharedhistory die Eröffnung der korrespondierenden Ausstellung nachverfolgen und sich diese auch digital anschauen. Sobald die Besuchsregelungen wieder gelockert werden können, lade ich Sie gerne in, diese Ausstellung auch vor Ort zu besuchen.
- ❖ **Verschiebung der Sitzungswoche:** In dieser haben wir beschlossen, in der Kalenderwoche 6 vom 8. bis 12. Februar eine außerordentliche Sitzungswoche stattfinden zu lassen. Die pandemische Lage erfordert ganz regelmäßig politische Abstimmungsprozesse. Die Verschiebung verdeutlicht auch nochmals, dass die Einbindung des Parlaments in alle Entscheidungen, die wir aktuell zur Pandemiebekämpfung treffen müssen, von großer Bedeutung ist. Die maßgeblichen Entscheidungen finden dort statt, wo sie auch hingehören: im Parlament.

DR. HERMANN-JOSEF TEBROKE

Büro Berlin
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: (030) 227- 79547
Fax: (030) 227- 76906

Büro Bergisch Gladbach
Am Stadion 18-24
51465 Bergisch Gladbach

Tel.: (02202) 93695- 30
Fax: (02202) 93695- 22



E-Mail: hermann-josef.tebroke@bundestag.de

Internet: www.tebroke-rbk.de/
